



An die
Europäische Kommission
GD Informationsgesellschaft und Medien
Info-Telecom@cec.eu.int

Wien, am 01.07.2005

Betrifft: Review der Universaldienstrichtlinie

Sehr geehrte Damen und Herren,

die ISPA als Interessensvertretung der österreichischen Internet Service Provider bedankt sich für die Möglichkeit, ihren Standpunkt darlegen zu können und erstattet zum Review der Universaldienstrichtlinie folgende Anmerkungen:

Die ISPA erachtet es nicht für sinnvoll, die Universaldienstrichtlinie im Hinblick auf die technologischen und gesellschaftlichen Veränderungen der letzten Jahre nur anzupassen, sondern fordert ein grundsätzliches Überdenken des Konzepts des Universaldienstes. In diesem Sinn begrüßen wir die Initiative der EU-Kommission, welche mit dieser Konsultation beginnt.

Wir erachten es für sinnvoll, im Rahmen der Universaldienstrichtlinie ein umfassendes Konzept für die Versorgung mit elektronischen Kommunikationsmitteln für die gesamte Bevölkerung der EU in Angriff zu nehmen. Anstatt (im Wesentlichen) nur die Versorgung mit Festnetz-Sprachtelefonie ins Auge zu fassen, sollte unter Berücksichtigung der Ziele der Breitbandförderung im Rahmen von eEurope und i2010 neben der Förderung des Zugangs zu elektronischen Kommunikationsmitteln der „digital divide“ auch durch bildungspolitische (eLiteracy) und steuerliche Maßnahmen (etwa steuerliche Entlastung für Breitbandtechnologien) bekämpft werden. Ziel eines solchen Konzeptes ist die Einbeziehung aller EU-Bürger in die Informationsgesellschaft, gleichgültig, ob sie bisher aufgrund von mangelnden Zugang zu Information, fehlenden infrastrukturellen Voraussetzungen oder aufgrund der Unerschwinglichkeit der Kommunikationsmittel aus dieser ausgeschlossen waren.

Jedenfalls sollte bei allen Maßnahmen im Rahmen einer Neudefinition des Universaldienstes darauf geachtet werden, dass diese den Wettbewerb fördern anstatt alte Monopole zu festigen oder neue zu begründen, und dass die Technologieneutralität gewährleistet ist.

Die ISPA ist sehr daran interessiert, in den weiteren Diskussionsprozess bezüglich der Neuausrichtung des Universaldienstes einbezogen zu werden.

Mit freundlichen Grüßen,

Dr. Kurt Einzinger
Generalsekretär